

Breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen fordert den Stopp von Subventionen für Milchexporte

Aktionsbündnis Milchdumping stoppen c/o
Campact e.V., Artilleriestr. 6, D-27283 Verden

Deutscher Bundestag

Herr Hans-Michael Goldmann und
Herr Hellmut Königshaus

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Aktionsbündnis
Milchdumping stoppen
c/o Campact e.V.
Dr. Günter Metzges
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel. 0049-30-3398 3116
mobil: 0049-177-7958736
metzges@campact.de

Berlin, den 02. April 2009

Sehr geehrter Herr Goldmann, sehr geehrter Herr Königshaus,

mittlerweile haben sich mehr als 20.000 Menschen in Deutschland einer Aktion von 28 Entwicklungs-, Menschenrechts-, Bauern-, Tierschutz- und Umweltverbänden angeschlossen und den Appell „Milchdumping stoppen – Agrarexportsubventionen erzeugen Armut und Hunger!“ an die Bundesministerinnen Ilse Aigner und Heidemarie Wieczorek-Zeul unterzeichnet. Mit dem Appell fordern wir einen sofortigen Stopp der Subventionierung von Milchexporten und den notwendigen politischen Rahmen für kostendeckende Erzeugerpreise für die europäischen Milchbauern. Statt die Milchquote trotz stagnierender Binnennachfrage zu erhöhen, gilt es, die europäische Milchproduktion dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

Wie bekannt geworden ist, konnte sich Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner beim Treffen der EU-Agrarminister am Montag, den 23. März, nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, Milchexporte in die ärmsten Entwicklungsländer von Subventionen auszunehmen. Unabhängig davon halten wir diese Position für vollkommen unzureichend. Das Bundeslandwirtschaftsministerium gesteht damit ein, dass subventionierte Exporte zerstörerische Wirkungen haben, kommt aber nicht zu dem Schluss, die Exportsubventionen ganz abzuschaffen. Die Subventionierung von Exporten treibt die Weltmarktpreise für Milchprodukte in den Keller und bedroht somit ebenfalls die Einkommen, das Recht auf Nahrung und die Existenz von Milchbauern und ihrer Familien in Entwicklungsländern.

Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen danken, dass Sie sich im Vorfeld des



Agrarrats ebenfalls für eine sofortige Abschaffung der Exportsubventionen ausgesprochen haben, und Sie darin bestärken, im Bundestag und gegenüber der Bundesregierung unnachgiebig für diese Position einzutreten. Zugleich möchten wir Ihnen unsere Bedenken hinsichtlich der Anhebung der Milchquote und einer grundsätzlichen Öffnung der Märkte erläutern.



Es ist unstrittig, dass die Wiedereinführung der Exportsubventionen die Abwärtsspirale der Weltmarktpreise für Milchprodukte beschleunigt hat. Aber auch die zwei prozentige Anhebung der Milchquote im April 2008 hat dazu beigetragen. Selbst der Bauernverband hat die Quotenanhebungen angesichts der stagnierenden Binnennachfrage in Europa kritisiert, weil sie den Preisdruck auf die deutschen Milchbauern erhöhen. Allerdings hat der Bauernverband auch durch seine Position, die Milchquote im Jahr 2015 auslaufen zu lassen, diese Quotenanhebung mit vorangetrieben.



Problematisch ist aus unserer Sicht eine generelle Forderung nach Marktöffnung, weil Entwicklungsländer dadurch dem EU-Dumping noch schutzloser ausgeliefert werden. Während Länder wie Russland auf die EU-Exportsubventionen nun mit der Anhebung von Importzöllen reagiert haben, wird vielen Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik dieser Weg aufgrund der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) bald nicht mehr offen stehen. Aufgrund einer so genannten Standstill-Clause in diesen Abkommen dürfen Länder wie Sambia und Uganda beispielsweise ihre angewandten Zölle in Zukunft selbst für solche Produkte nicht mehr anheben, die sie als „sensibel“ eingestuft haben. Damit verlieren diese Länder gegenüber der EU jeglichen handelspolitischen Spielraum, der ihnen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) noch zur Verfügung gestanden hätte. Nachdem diese *Least Developed Countries* (LDC's) zur Liberalisierung ihrer Märkte gedrängt wurden, müssen sie nun erleben, dass die EU ihrerseits auf die besonders marktverzerrenden Exportsubventionen setzt.



Wir möchten Sie deshalb bitten, Ihre Positionen zur Milchquote und zur Marktöffnung zu überdenken. Vor allem aber möchten wir Sie ermutigen, im Bundestag und gegenüber der Koalition unnachgiebig auf Ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Exportsubventionen zu bestehen. Wie Sie wissen, hat sich auch die Koalition in dem am 5. März 2009 beschlossenen Bundestagsantrag „Hunger und Armut in Entwicklungsländern durch die Förderung von ländlicher Entwicklung nachhaltig bekämpfen“ im Sinne eines fairen internationalen Handels für die Abschaffung der Exportsubventionen ausgesprochen. Die Bundesregierung muss diese Position übernehmen und gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf einem sofortigen Stopp der Exportsubventionen für Milch bestehen. Die Äußerungen aller anderen Bundestagsfraktionen zeigen, dass es für die sofortige Abschaffung der Exportsubventionen im Bundestag eine klare Mehrheit gibt.

Bitte informieren Sie uns über die weiteren Schritte, die Sie zur Erreichung einer eindeutigen Positionierung der Bundesregierung in diesem Sinne unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

C. Bals, Germanwatch

P. Bendix, Oxfam

F.W. Graefe zu Baringdorf, AbL

U. Gundert, Brot für die Welt, Leiter der Abteilung Projekte und Programme

G. Metzges, Campact

J. Sayer, MISEREOR

W. Sterk, FIAN



Die Kampagne wird unterstützt von:

Albert Schweitzer Stiftung, Attac Agrarnetz, Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugend im ländlichen Raum, Bioland, BUKO Agrar Koordination, Eine Welt Netzwerke NRW, HH, Saarland, Evangelischer Entwicklungsdienst, Euronatur, Forum Umwelt und Entwicklung, Grüne Liga, Inkota, Naturland, Provieh, Deutscher Tierschutzbund e.V., Upländer Bauernmolkerei, VEN, WEED, WWF, Weltladen Dachverband